



www.laender-analysen.de/ukraine

INFORMELLE GEWALTAKTEURE

■ ANALYSE		
Bewaffnete Freiwilligenbataillone: Informelle Machthaber in der Ukraine		2
Huseyn Aliyev (Universität Glasgow)		
■ TABELLEN ZUM TEXT		
Die Freiwilligenbataillone und ihre Wahrnehmung in der Gesellschaft		5
■ DOKUMENTATION		
Menschenrechtsverletzungen der Freiwilligenbataillone		9
■ ANALYSE		
Der Mord an Separatistenführer Sachartschenko und die Folgen		11
Nikolaus von Twickel (Berlin)		
■ DOKUMENTATION		
Stimmen zum Attentat auf Alexander Sachartschenko		13
Attentate und Morde an Separatistenanführern in den selbsternannten »Volksrepubliken Donezk und Luhansk«		16
■ CHRONIK		
1. – 23. September 2018		17

Bewaffnete Freiwilligenbataillone: Informelle Machthaber in der Ukraine

Huseyn Aliyev (Universität Glasgow)

Zusammenfassung

Die politische Landschaft der postsowjetischen Ukraine ist geprägt durch eine Vielzahl informeller Machthaber, darunter Oligarchen, hochrangige »Problemlöser« und Akteure der organisierten Kriminalität. Der Euromaidan, die Annexion der Krim und der Beginn des Krieges im Donbass haben die politische Landschaft der Ukraine um einen weiteren einflussreichen informellen Akteur erweitert: bewaffnete Freiwilligenbataillone. Die Freiwilligenverbände – in der Ukraine als »*Dobrobaty*« oder »*Wolontery*« bezeichnet – wurden mobilisiert, um die staatlichen Sicherheitskräfte im Konflikt in der Ostukraine zu unterstützen. Mit dem Ende der schweren Kampfhandlungen im Donbass wandten sich die Freiwilligenverbände der Politik zu und wurden schnell zu einflussreichen sozioökonomischen und -politischen Akteuren. Ungeachtet der hohen Reputation, die sie während des Donbass-Konflikts genossen, setzen Freiwilligenbataillone ihre Ressourcen aktiv ein, um den Staat in seiner Rolle als Sicherheitsgarant und Hüter des Gemeinwohls herauszufordern. Sie sind jedoch nicht nur Herausforderer des politischen Regimes, sondern nutzen ihren Status auch, um mit informellen und illegalen Geschäften Profit zu machen.

Herausforderer des Poroschenko-Regimes von innen

Die ukrainischen Freiwilligenbataillone (formell »territoriale Verteidigungsbataillone«) bildeten sich im Vorfeld der sog. Anti-Terror-Operation (ATO) im Donbass im Frühjahr 2014. Nur wenige Monate nach ihrer Entstehung wurden die meisten Freiwilligenbataillone als Spezialeinheiten entweder unter das Kommando der Nationalgarde oder des Innenministeriums gestellt. Die Kämpfer der Bataillone sind als Soldaten der ukrainischen Streitkräfte anerkannt und erhalten ihr Gehalt vom Staat. 2017 gab es 22 aktive Freiwilligenverbände in der Ukraine.

Ungeachtet dieses offiziellen Status' konnten die Bataillone ihre Unabhängigkeit vom Staat weitgehend erhalten – durch eine autonome Finanzierung, Logistik, Administration und Rekrutierung. Sie setzen noch immer vor allem auf freiwillige Kämpfer und nicht auf Rekrutierungen durch die Wehrpflicht. Neben der staatlichen Förderung finanzieren sie sich über unabhängige Spenden und privates Crowdfunding.

Die Bataillone beziehen einen Teil ihrer Waffen und Ausrüstung über staatliche Lieferanten, aber auch über private Anbieter. Bei den Parlamentswahlen 2014 konnten sich einige Anführer der Freiwilligenbataillone einen Sitz im Parlament sichern. Die Gründer der Bataillone Asow (Andrij Bilezkyj), Rechter Sektor (Dmytro Jarosch), Ajdar (Serhyj Melnitschuk), Donbass (Semen Sementschenko) und Dnipro-1 (Jurij Beresa) wurden ins Parlament gewählt und erhielten dadurch Einfluss auf den politischen Prozess der Ukraine und politische Immunität.

Mit ihrem Einsatz bei den Kämpfen im Donbass haben sich die Freiwilligenbataillone das Image einer »Volksarmee« aufgebaut. In einer repräsentativen Umfrage des Rasumkow-Zentrums vom Juli 2018 sprachen 50 Prozent der Befragten den Freiwilligenbataillonen ihr Vertrauen aus.

Ihre Popularität und ihr offizieller Status als Teil der staatlichen Sicherheitskräfte ermöglichten es den Freiwilligen immer wieder die Poroschenko-Regierung herauszufordern und das staatliche Gewaltmonopol informell zu untergraben. Sie diskreditieren das Regime durch kritische Äußerungen ebenso wie durch direkte Aktionen. Die Anführer der Bataillone werfen der Regierung regelmäßig Korruption, Veruntreuung und den Verrat ukrainischer Interessen vor. So zum Beispiel der Anführer des Asow-Regiments, der Abgeordnete Bilezkyj, der während mehrerer Fernsehauftritte Poroschenkos Regierung Korruption vorwarf. Der Gründer des Donbass-Bataillons, Sementschenko, erhob ähnliche Vorwürfe und beschuldigte in einem TV-Interview Poroschenko und seine Minister der Korruption und »Terrorismusfinanzierung«. Dmytro Jarosch vom Rechten Sektor ging noch weiter und sagte in einer populären Live-Talkshow, dass Poroschenko noch korrupter sei als der frühere Präsident Janukowytsch. Andere, insbesondere Mitglieder des Ajdar-Bataillons, das mit Gewalt demobilisiert wurde, drohten damit, dass sie die Regierung stürzen und den »Krieg nach Kiew tragen«.

Die Bataillone werfen der Regierung nicht nur Korruption, eine pro-russische Haltung und schlechte Regierungsführung vor, sondern üben auch über Demonstrationen und Kundgebungen aktiv Druck aus. Seit den Maidan-Protesten 2013/14 nehmen Mitglieder der Freiwilligenbataillone regelmäßig an regierungskritischen Protestveranstaltungen teil. Allein 2016 waren Mitglieder von Asow und dessen politischen Arm Nationales Korps auf mehr als 30 Demonstrationen unterwegs und protestierten unter anderem gegen Holzexporte von der Ukraine in die EU, gegen die Geschäftstätigkeit russischer Banken in der Ukraine und gegen vermeintlich pro-russische Propaganda im staatlichen Fernsehen.

Obwohl der Großteil dieser Proteste friedlich blieb, kam es in einigen Fällen zu Gewaltausbrüchen. So unterstützten z. B. im August 2015 Mitglieder des Sitsch-Bataillons hunderte Rechtsextremisten bei gewaltsamen Auseinandersetzungen vor dem Parlament. Bei den Protesten gegen das umstrittene Dezentralisierungsgesetz, das den von pro-russischen Separatisten kontrollierten Gebieten im Donbass größeren Autonomiestatus zusichern soll, warfen Kämpfer der Freiwilligenbataillone Molotowcocktails und Handgranaten auf die Polizei und töteten vier Sicherheitskräfte. Im Juni 2015 kam es in der westukrainischen Stadt Mukatschew zu Kämpfen zwischen bewaffneten Rechtsextremen und der Polizei, bei denen neun Polizisten verletzt wurden. Während Sicherheitskräfte, die in den Vorfall verwickelt gewesen waren, von ihren Pflichten entbunden wurden, gab es für die beteiligten Mitglieder des Rechten Sektors keine ernsthaften Konsequenzen.

Bürgerwehren formieren sich

Neben der Teilnahme an Straßenprotesten versuchen Freiwilligenbataillone zusehends, die staatliche Sicherheitspolitik zu unterminieren, indem sie informell Aufgaben der Polizei übernehmen. Die berüchtigte »Nationale Miliz« wurde von Asow und seinem »Nationalen Korps« im Frühjahr 2017 gegründet, um in ukrainischen Städten zu patrouillieren und gegen Straßensriminalität, öffentlichen Alkoholkonsum, Drogenhandel und andere »anti-ukrainische« Verbrechen vorzugehen. Die »Nationale Miliz« besteht aus mehr als 1.000 Mitgliedern und ist in 13 Regionen des Landes aktiv. Sie vereint ehemalige Kämpfer, neu angeworbene Nationalisten und, ausweislich der eigenen Internetpräsenz, »verantwortungsbewusste Bürger«. Als Organisator neonazistisch anmutender Fackelmärsche in Kiew und anderen Großstädten genießt die Miliz einen gemischten Ruf: Einerseits geht sie gegen illegale Wilderer vor und leistet Erste Hilfe für ältere Menschen, gleichzeitig ist sie verantwortlich für die Zerstörung von Roma-Siedlungen und brutale Angriffe auf die Roma-Bevölkerung. Mitglieder von Asows »Nationaler Miliz« und der Sitsch-Nachwuchsorganisation C14 griffen in jüngerer Zeit vier Roma-Siedlungen in der Region Kiew und der Westukraine an. Ironischerweise erhielt C14 nach Berichten des Radiosenders »Hromadske« Zuschüsse vom Ministerium für Jugend und Sport für patriotische Bildung und den Kampf gegen Homophobie. Laut Human Rights Watch verübten Mitglieder der Nationalen Miliz, des Rechten Sektors und anderer Freiwilligenbataillone alleine im Jahr 2018 im gesamten Land mehr als 20 Angriffe auf ethnische Minderheiten, die LGBT-Community und Menschenrechtsaktivisten. Die Versuche der Bataillone, die Gerechtigkeit selbst in die

Hand zu nehmen, sind eine große Herausforderung für die staatlichen Sicherheitskräfte, denen Ineffizienz und Korruption unterstellt wird. Bemerkenswert ist, dass die Nationale Miliz kurz nach der Gründung einer neuen Streifenpolizei entstand, die das Ergebnis einer großangelegten Polizeireform ist, die maßgeblich von der EU und den USA unterstützt wird. Mitglieder der »Nationalen Miliz« erklären in Interviews immer wieder, dass »die Polizei ihre Aufgaben nicht erfüllt«.

Auftragsmorde

Ihr Zugang zu Waffen und ihre militärische Erfahrung machen Freiwilligenkämpfer zu begehrten Auftragskillern für konkurrierende Geschäftsleute, Oligarchen oder rivalisierende Politiker. Je nachdem, wer sie bezahlt, haben die Bataillone schon unterschiedliche Seiten in den kriminellen Fehden verschiedener informeller Machthaber eingenommen. Der Mordversuch an dem Abgeordneten Ihor Mosijtschuk sowie die tödlichen Attentate auf die tschetschenische Aktivistin Amina Okujewa, den belarussisch-russischen Journalisten Pawel Scheremet, den georgisch-tschetschenischen Kremlkritiker Timur Makhauri, den ehemaligen russischen Abgeordneten Denis Woronenkow und den ukrainischen Geheimdienstoffizier Maxim Schapowal sind nur die prominentesten Fälle, in die Mitglieder der Freiwilligenbataillone nachweislich oder mutmaßlich involviert waren. Auch das Attentat auf den im ukrainischen Exil lebenden russischen Journalisten und Kremlkritiker Arkady Babtschenko im Mai 2018 sollte von einem ehemaligen Bataillonsmitglied ausgeführt werden. Da einige der genannten Opfer zu bestimmten Bataillonen freundschaftliche Beziehungen pflegten, zu anderen hingegen nicht, könnten auch Konflikte zwischen den einzelnen Bataillonen bei der Auswahl der Opfer eine Rolle gespielt haben. Zudem scheinen finanzielle Erwägungen bei der Wahl der Opfer wichtiger gewesen zu sein als nationalistische Motive. Freiwillige Kämpfer waren auch in Auftragsmorde an weniger prominenten Personen verwickelt. Im November 2014 erhielten zwei Kämpfer des Donbass-Bataillons in der Nähe von Mariupol von ihrem Kommandanten den Befehl, einen Geschäftsmann zu ermorden – im Auftrag eines konkurrierenden Unternehmers. Für den Mord bekamen die beiden Freiwilligenkämpfer von ihrem Vorgesetzten zusammen 3.000 Hrywnja (ca. 100 Euro). Dass das Mordopfer eben dieses Freiwilligenbataillon mitfinanzierte, zeigt, dass nicht einmal Unterstützer der Bataillone sicher vor Mordanschlägen sind.

Skrupellose Unternehmer

Auftragsmorde sind nur eine Möglichkeit, wie sich Bataillonsmitglieder auf illegale Weise Geld beschaffen können. Oft werden sie auch für bewaffnete Überfälle

und andere »Problemlösungen« engagiert. Der Rechtsanwalt Rostislaw Krawets von der Kanzlei »Krawets und Partner« sagt, die Preise für solche »Dienstleistungen« begännen bei 1.000 US-Dollar und seien abhängig davon, wie schwer der Auftrag und wie groß das Unternehmen sei. Seit 2017 schützen Freiwilligenbataillone gegen Bezahlung auch private Unternehmen vor Überfällen und Razzien. Die Website *vesti.ukr* berichtet, dass die Dienste eines Bataillonskämpfers etwa 1.000 Hrywnja (ca. 32 Euro) pro Tag kosten. Während einige Bataillone eigene private Sicherheitsfirmen gründeten, angegliedert an ihre Einheiten und in einer legalen Grauzone agierend, sind andere informell im Sicherheitssektor tätig und sowohl tagesweise als auch für langfristige Einsätze buchbar. Laut der Website *Strana.ua* gibt es etwa 30.000 aktive und ehemalige Bataillonsmitglieder, die regelmäßig informelle Sicherheitsdienstleistungen für Unternehmen und Privatpersonen anbieten. Bewaffnete Freiwillige schützen aber nicht nur Unternehmen vor Überfällen, sondern sind auch selbst an Überfällen beteiligt. Zum Beispiel engagierten die rechten Abgeordneten Dmytro Linko und Ihor Mosijtschuk Freiwilligenkämpfer für den Überfall auf ein Notariat und die gewaltsame Ablösung des Geschäftsführers des Kiewer Darnyzja-Einkaufszentrums.

Die informellen Sicherheitsdienstleistungen der Bataillone sind nicht nur bei kleinen und mittleren Unternehmen gefragt, sondern auch unter Oligarchen und Politikern. Wie der bekannte ukrainische Journalist Jurij Butusow berichtete, sind einige Bataillone, allen voran die Einheiten des Asow-Bataillons, eng mit dem informellen Finanznetzwerk der mächtigen Oligarchen Rinat Achmetow und Ihor Kolomojskij verbunden. Es ist bekannt, dass Asow an mehreren Unternehmen beteiligt ist, einschließlich einer eigenen Sicherheitsfirma, die ehemalige Kämpfer beschäftigt und unter anderem Geschäfte und Fabriken bewacht, die Achmetow gehören. Ebenso ist bekannt, dass Achmetow, Kolomojskij sowie der ebenfalls einflussreiche Oligarch Dmytro Firtasch den Rechten Sektor, Asow und andere große Freiwilligenbataillone finanzieren.

Über den Autor

Huseyn Aliyev ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der School of Social and Political Sciences der Universität Glasgow. Er ist spezialisiert auf bewaffnete Konflikte, nichtstaatliche bewaffnete Akteure und informelle Praktiken.

Lesetipps

- Aliyev, Huseyn. »Strong militias, weak states and armed violence: Towards a theory of 'state-parallel' paramilitaries.« *Security dialogue* 47.6 (2016): 498–516.
- Käihkö, Ilmari. »A nation-in-the-making, in arms: control of force, strategy and the Ukrainian Volunteer Battalions.« *Defence Studies* 18.2 (2018): 147–166.
- Hunter, Montana. »Crowdsourced War: The Political and Military Implications of Ukraine's Volunteer Battalions 2014–2015.« *Journal of Military and Strategic Studies* 18.3 (2018).

Fazit

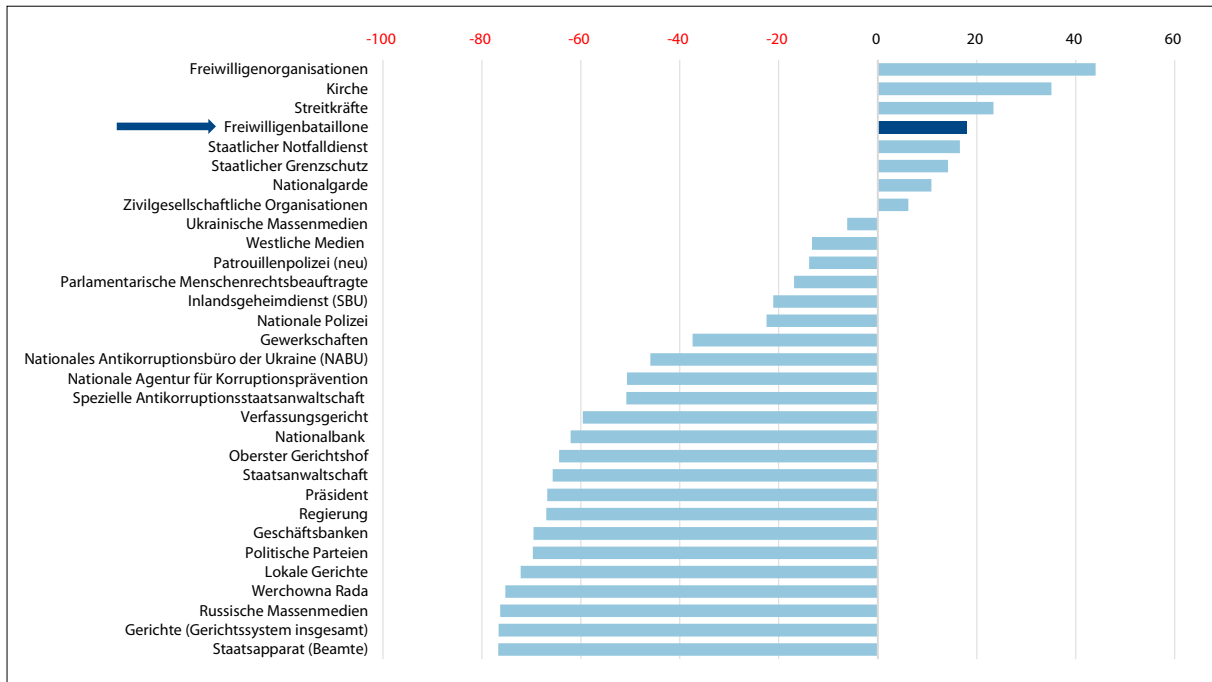
Obwohl Freiwilligenbataillone sich als einflussreiche informelle Interessengruppen etabliert haben, versichern ukrainische Politiker der internationalen Gemeinschaft, dass die Bataillone – ungeachtet ihres positiven Images in der Bevölkerung – keine politische Macht sind. In der Tat zeigen Umfragen des Rasumkow-Zentrums, dass nur 0,5 Prozent der Bevölkerung den politischen Arm des Nationalen Korps und 0,3 Prozent die Partei Rechter Sektor unterstützen. TSN.ua geht allerdings davon aus, dass die mit Freiwilligenbataillonen assoziierten Parteien insgesamt auf etwa 12 Prozent der Stimmen kommen – selbst unter Berücksichtigung der Fünf-Prozent-Hürde könnten sie dann 40 Abgeordnete stellen und so einen eigenen Block im Parlament etablieren. Das zeigt, wie kurz davor die Freiwilligenbataillone stehen, zu formalen Machthabern zu werden. Trotz der Bemühungen der Anführer der Freiwilligenbataillone, ihre Position in der Legislative zu stärken, wird die Mehrheit der einfachen Kämpfer schlecht bezahlt und ist empfänglich für informelle und sogar illegale Jobs. Da die Bataillonskommandeure geschickt Lobbyarbeit betreiben, scheint die Entwaffnung oder die vollständige Legalisierung bewaffneter Freiwilligenbataillone derzeit keine realistische Option. Aufgrund der stillschweigenden Unterstützung durch mächtige Figuren wie z. B. Innenminister Arsen Awakow bleiben die Bataillone unbehelligt. Eine Reihe ukrainischer Analysten halten die Bataillone daher auch für eine »Dritte Kraft«, die eine Brückenfunktion zwischen der Regierung und den mächtigen informellen Netzwerken der Oligarchen und Gangsterbosse einnehmen. Trotz ihrer Kritik an der Regierung haben die Freiwilligenbataillone ein Interesse am Erhalt der bestehenden politischen Ordnung. Gleichzeitig wollen sie aber auch die gegenwärtige informelle Ordnung bewahren, die es ihnen ermöglicht, an finanzielle Mittel zu gelangen und die Unterstützung der Öffentlichkeit zu sichern.

Übersetzung aus dem Englischen: Dr. Eduard Klein

TABELLEN ZUM TEXT

Die Freiwilligenbataillone und ihre Wahrnehmung in der Gesellschaft

Grafik 1: Inwieweit vertrauen Sie den folgenden Institutionen? (Vertrauensbalance*)



* Differenz zwischen dem Anteil derjenigen, die angaben, voll und eher zu vertrauen, und dem Anteil derer, die angaben, überhaupt nicht oder eher nicht zu vertrauen

Quelle: repräsentative Umfrage des Razumkov-Zentrums (N=2.018) vom 1. bis 6. Juni 2018, <http://razumkov.org.ua/uploads/socio/2018_06_press_release_ua.pdf>

Tabelle 1: Inwieweit vertrauen Sie den folgenden Institutionen? (%; Mehrfachantworten)

	Vertraue ich überhaupt nicht	Vertraue ich eher nicht	Vertraue ich eher	Vertraue ich voll	Schwer zu beantworten	Vertrauensbalance*
Präsident	50,8	29,8	11,3	2,5	5,5	-66,8
Werchowna Rada	54,6	31,0	9,4	0,9	4,1	-75,3
Regierung	50,4	30,3	12,3	1,4	5,6	-67,0
Staatsapparat (Beamte)	50,8	34,5	7,4	1,2	6,1	-76,7
Streitkräfte	16,9	16,9	41,7	15,5	8,9	23,4
Staatlicher Grenzschutz	17,5	19,0	39,4	11,3	12,7	14,2
Nationalgarde	18,1	19,7	38,7	9,9	13,6	10,8
Nationale Polizei	22,4	33,0	27,7	5,2	11,7	-22,5
Inlandsgeheimdienst (SBU)	24,2	29,1	26,1	6,1	14,6	-21,1
Staatlicher Notfalldienst	17,3	17,2	38,6	12,5	14,4	16,6
Staatsanwaltschaft	41,0	36,3	10,0	1,6	11,0	-65,7

Fortsetzung auf der nächsten Seite

**Tabelle 1: Inwieweit vertrauen Sie den folgenden Institutionen? (%; Mehrfachantworten)
(Fortsetzung)**

	Vertraue ich überhaupt nicht	Vertraue ich eher nicht	Vertraue ich eher	Vertraue ich voll	Schwer zu beantworten	Vertrauensbalance*
Gerichte (Gerichtssystem insgesamt)	49,6	34,7	6,0	1,7	8,0	-76,6
Lokale Gerichte	45,9	35,1	7,2	1,6	10,2	-72,2
Oberster Gerichtshof	43,2	32,0	8,5	2,1	14,3	-64,4
Verfassungsgericht	41,5	30,4	10,5	1,8	15,9	-59,6
Nationales Antikorruptionsbüro der Ukraine (NABU)	35,0	28,1	15,7	1,4	19,8	-46,0
Spezielle Antikorruptionsstaatsanwaltschaft	34,8	29,5	12,4	1,1	22,2	-50,8
Nationale Agentur für Korruptionsprävention	36,0	27,2	11,2	1,3	24,3	-50,7
Patrouillenpolizei (neu)	21,9	27,2	30,6	4,6	15,7	-13,9
Parlamentarische Menschenrechtsbeauftragte	20,1	22,0	21,4	3,8	32,8	-16,9
Ukrainische Massenmedien	17,4	29,8	38,1	2,9	11,9	-6,2
Russische Massenmedien	56,6	24,9	4,6	0,6	13,3	-76,3
Westliche Medien	20,4	22,6	26,6	3,1	27,3	-13,3
Nationalbank	40,5	35,7	12,8	1,3	9,7	-62,1
Geschäftsbanken	44,6	35,6	9,3	1,3	9,2	-69,6
Gewerkschaften	31,2	26,1	17,6	2,3	22,8	-37,4
Politische Parteien	46,6	33,4	9,0	1,3	9,8	-69,7
Zivilgesellschaftliche Organisationen	15,8	21,4	38,2	5,2	19,4	6,2
Kirche	11,3	14,7	42,1	19,0	12,9	35,1
Freiwilligenbataillone	14,4	17,7	38,0	12,0	18,0	17,9
Freiwilligenorganisationen	7,3	13,9	48,7	16,5	13,6	44,0

* Differenz zwischen dem Anteil derjenigen, die angaben, voll und eher zu vertrauen, und dem Anteil derer, die angaben, überhaupt nicht oder eher nicht zu vertrauen

Quelle: repräsentative Umfrage des Rasumkow-Zentrums (N=2.018) vom 1. bis 6. Juni 2018, <http://razumkov.org.ua/uploads/socio/2018_06_press_release_ua.pdf>

Tabelle 2: Übersicht der ukrainischen Freiwilligenbataillone, Stand: 2014

Bataillon	Formale Unterstellung	Offizielle Truppenstärke	Faktische Truppenstärke	Kommandeur	Gründungsdatum	Regionale Zugehörigkeit
»Donbass«	Nationalgarde	430	>600	Semen Sementschenko	18. April 2014	Region Donezk
»General Kulschitzky«	Nationalgarde	430	>325	-	5. April (August) 2014	Region Kiew
»Ajdar«	Verteidigungsministerium	423	~500 (aktuell ~800)	Serhyj Melnitschjuk	Mai 2014	Region Luhansk
»Krywbas«	Verteidigungsministerium	423	424	Mykola Kolesnyk	Mai 2014	Region Kiew
»Kiewer Rus«	Verteidigungsministerium	423	~500	Andrij Jantschenko	15. April 2014	Region Kiew
»Dnipropetrowsk«	Verteidigungsministerium	423	~400	Oleksandr Rascheskyj	Mai 2014	Region Dnipropetrowsk
»Dnipro-2«	Verteidigungsministerium	423	~400	-	Mai 2014	Region Dnipropetrowsk
»Kiewer Rus«	Verteidigungsministerium	423	450	Oleksandr Gumenjuk	15. Mai 2014	Region Kiew
»Asow«	Innenministerium, seit November 2014 Nationalgarde	430	~500	Andrij Bilezkyj	5. Mai 2014	Region Kiew
»Dnipro-1«	Innenministerium	500	~4000	Jurij Beresa	14. April 2014	Region Dnipropetrowsk
»Kiew-1«	Innenministerium	462	~300	Jewhen Dejdej	April 2014	Kiew
»Kiew-2«	Innenministerium	-	150	Bohdan Wojzechowskyj	April 2014	Kiew
»Soloti Worota«	Innenministerium	300	~300	Mykola Schwalja	2. Mai 2014	Kiew
»Artemiwsk«	Innenministerium	200	-	Konstantyn Matejtschenko	1. Mai 2014	Region Dnipropetrowsk
»Schachtarsk«	Innenministerium	200	~100	Andrij Filonenko	16. Juni 2014	Region Dnipropetrowsk
»Sitsch«	Innenministerium	-	~100	Oleksandr Pisarenko	Juni 2014	Kiew
»Luhansk-1«	Innenministerium	200	>100	Andrij Lewko	Juni 2014	Region Luhansk
»Sitscheslaw«	Innenministerium	-	~100	Wladyslaw Portjanko	8. Mai 2014	Region Dnipropetrowsk
»Lwiw«	Innenministerium	500	220	Oleh Saritschnyj	April 2014	Region Lwiw

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 2: Übersicht der ukrainischen Freiwilligenbataillone, Stand: 2014 (Fortsetzung)

Bataillon	Formale Unterstellung	Offizielle Truppenstärke	Faktische Truppenstärke	Kommandeur	Gründungsdatum	Regionale Zugehörigkeit
»Mirotworez«	Innenministerium	-	-	Andrij Teterjuk	9. Mai 2014	Region Kiew
»Schtorm«	Innenministerium	300	~50	Serhij Schestakow	14. Mai 2014	Region Odessa
»Iwano-Frankiwsk«	Innenministerium	300	120	Oleksandr Polischtschuk	Mai 2014	Region Iwano-Frankiwsk
»Cherson«	Innenministerium	230	~80	Ruslan Stortscheus	Mai 2014	Region Cherson
»Poltawa«	Innenministerium	300	209	Oleksandr Fedorenko	28. April 2014	Region Poltawa
»Sloboschanschina«	Innenministerium	1000	-	Andrij Jangolenko	April 2014	Region Charkiw
»Charkiw-1«	Innenministerium	300	150	Serhij Jangolenko	April 2014	Region Charkiw
»Switjas«	Innenministerium	100	-	Oleksandr Fazewitsch	Juni 2014	Region Wolhynien
»Kirowohrad«	Innenministerium	200	150	Wjatscheslaw Schewtschenko	Mai 2014	Region Kirowohrad
»Swjatij Mykolaj«	Innenministerium	-	50	Witalij Gontscharow	5. Mai 2014	Region Mykolajiw
»Winnyzja«	Innenministerium	200	155	Ruslan Moros	Mai 2014	Region Winnyzja
»Ternopil«	Innenministerium	430	-	Wolodymyr Katruk	Mai 2014	Region Ternopil
»Tschernihiw«	Innenministerium	200	46	Roman Pytskiw	9. Mai 2014	Region Tschernihiw
»Bohdan«	Innenministerium	-	100	Oleksandr Schimennich	Juni 2014	Region Chmelnyzkyj
»Krementschjuk«	Innenministerium	-	120	Oleh Berkelja	Mai 2014	Region Poltawa
»OUN«	-	-	100	Mykola Kochaniwskyj	31. Juli 2013	Nischyn
»Prawij Sektor«	Ukrainisches Freiwilligenkorps	-	-	»Tschornij«	2014	-
»Prawij Sektor«	Ukrainisches Freiwilligenkorps	-	120	-	2014	-

Quelle: *Kyiv Post*, 9. September 2014, <<https://www.kyivpost.com/article/content/kyiv-post-plus/know-your-volunteer-battalions-infographic-363944.html>>; eine Übersicht mit zusätzlichen Informationen gibt es bei: Sergatskova, Ekaterina. »Looting, torture, and big business. A look at volunteer groups fighting the separatists in Ukraine.« *Meduza*, 1. Juli 2016, <<https://meduza.io/en/feature/2015/07/01/looting-torture-and-big-business>>

Menschenrechtsverletzungen der Freiwilligenbataillone

Freiwilligenbataillonen werden immer wieder Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen. Dazu zählen rechtswidrige Festnahmen, Entführungen und Misshandlungen und weitere Vergehen. Anbei eine Auswahl an Hinweisen auf Menschenrechtsverletzungen durch Mitglieder von Freiwilligenbataillonen, die in den letzten Jahren von internationalen Organisationen und Menschenrechtsorganisationen dokumentiert wurden.

Amnesty International, 08. September 2014

Auszüge aus dem Bericht »Ukraine: Abuses and War Crimes by the Aidar Volunteer Battalion in the North Luhansk Region«

»Mitglieder des Ajdar-Freiwilligenbataillons, das im Norden der Region Luhansk tätig ist, waren an weit verbreiteten Vergehen beteiligt, darunter Entführungen, rechtswidrige Festnahmen, Misshandlungen, Diebstählen, Erpressungen und möglicherweise Hinrichtungen.

[...]

Unsere Erkenntnisse deuten darauf hin, dass, während sie formal unter dem Kommando der ukrainischen Streitkräfte in der Region operieren, Mitglieder des Ajdar-Bataillons praktisch ohne Aufsicht oder Kontrolle agieren, und die lokale Polizei entweder nicht bereit, oder dazu in der Lage ist, die Menschenrechtsverletzungen zu ahnden. Einige der von Ajdar-Mitgliedern begangenen Menschenrechtsverletzungen stellen Kriegsverbrechen dar, für die sowohl die Täter, als auch möglicherweise die Kommandanten, nach nationalem und internationalem Recht die Verantwortung tragen würden.

[...]

Während das Ajdar-Bataillon landesweit von vielen als engagierte Kampfeinheit gelobt wird, hat es sich vor Ort einen Ruf für brutale Repression, Raub, Misshandlungen und Erpressungen erworben.«

Quelle: Amnesty International, <<https://www.amnesty.org/download/Documents/8000/eur500402014en.pdf>>

Amnesty International, Mai 2015

Auszüge aus dem Bericht »Breaking Bodies. Torture and Summary Killings in Eastern Ukraine«

»Auf der pro-Kiewer Seite findet Amnesty International den Rechten Sektor, eine Freiwilligenmiliz gegründet von einer nationalistischen politischen Gruppierung, besonders besorgniserregend. Ehemalige Gefangene des Rechten Sektors berichteten von einer erschreckenden Zahl von Misshandlungen, darunter Scheinhinrichtungen, Geiselnahmen, Erpressungen, gewaltsamen körperlichen Misshandlungen, Todesdrohungen und Unterlassung medizinischer Hilfe. In einem verlassenen Ferienlager in der Nähe des Dorfes Welykomychajliwka [in der Oblast Dnipropetrowsk] hielt der Rechte Sektor angeblich Dutzende Zivilisten als Geisel und erpresste hohe Geldsummen von ihnen und ihren Familien.«

Quelle: Amnesty International, <https://www.amnestyusa.org/files/ukraine_briefing_final.pdf>

Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte (OHCHR)

Auszüge aus dem Bericht über die Menschenrechtssituation in der Ukraine vom 16. Mai bis 15. August 2016

»Am 24. Juni 2016 beschlagnahmten in Odessa mehrere Binnenv Vertriebene zusammen mit einer »Selbstverteidigungseinheit« ein öffentliches Gebäude, nachdem sie zahlreiche Versuche unternommen hatten, von der Regionalregierung Unterstützung bei der Lösung ihrer Wohnungsprobleme zu erhalten. Der Hohe Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte stellt eine besorgniserregende Tendenz fest, dringliche sozioökonomische und politische Fragen mit Hilfe von Freiwilligenbataillonen und paramilitärischen Gruppen zu lösen.«

Quelle: OHCHR, <<https://www.ohchr.org/Documents/Countries/UA/Ukraine15thReport.pdf>>

Human Rights Watch, Juli 2016

Auszüge aus dem Bericht »'You Don't Exist.' Arbitrary Detentions, Enforced Disappearances, and Torture in Eastern Ukraine«

»In den meisten der neun Fälle, die von Amnesty International und Human Rights Watch untersucht wurden, nahmen Pro-Regierungsgruppen und Mitglieder der sogenannten Freiwilligenbataillone zunächst einzelne Personen fest und überreichten sie dann dem ukrainischen Inlandsgeheimdienst (SBU), der sie später in das offizielle Strafrechtssystem überstellte. Einige wurden später gegen von den Separatisten inhaftierte Personen ausgetauscht, andere wurden ohne Prozess freigelassen.

[...]

Mitglieder der ukrainischen Streitkräfte und paramilitärische Einheiten waren auch für Folterungen und andere Misshandlungen verantwortlich und benutzten inhaftierte Zivilisten als Tauschobjekte. Es gab glaubhafte Beweise für Folter und andere schwere Menschenrechtsverstöße durch die sogenannten ukrainischen Freiwilligenbataillone Ajdar

und Asow. Im Frühjahr 2015 wurden die meisten Freiwilligenbataillone formal in die reguläre Kommandostruktur des Verteidigungsministeriums oder der Nationalgarde der Ukraine integriert. Der Rechte Sektor als eine prominente rechtsradikale Bewegung sowie weitere Gruppen behielten allerdings ihre paramilitärischen Strukturen bei. Ihre Mitglieder operieren in enger Zusammenarbeit mit den offiziellen ukrainischen Streitkräften, bleiben aber außerhalb der offiziellen Befehlskette und können außerhalb der staatlichen Verantwortlichkeit handeln.«

Quelle: *Human Rights Watch*, <<https://www.hrw.org/report/2016/07/21/you-dont-exist/arbitrary-detentions-enforced-disappearances-and-torture-eastern>>

Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte (OHCHR)

Auszüge aus dem Bericht über die Menschenrechtssituation in der Ukraine vom 26. Februar bis 23. März 2018

»Am 28. Januar 2018, hielten die Nationalbrigaden, eine paramilitärische Gruppierung, einen Aufmarsch im Zentrum von Kiew, währenddessen sie die Nation zu »verteidigen« schworen, wenn die Regierung dies »nicht könne oder wolle«. Das Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte merkt mit Besorgnis die rechte Ideologie dieser Gruppierung an, zudem ihre öffentliche Ankündigung, Gewalt anzuwenden, wenn sie es für nötig hält, und ihre Verbindung zur politischen Partei Nationales Korps. Das OHCHR ist besorgt, dass die Verbreitung extremer Ideologien Diskriminierung und Intoleranz befördert und die konstitutionelle Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit bedroht.«

Quelle: OHCHR, *A_HRC_37_CRP1*, <https://www.ohchr.org/EN/HRBodies/HRC/RegularSessions/Session37/Documents/A_HRC_37_CRP1.docx>

Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte (OHCHR)

Auszüge aus dem Bericht über die Menschenrechtssituation in der Ukraine vom 16. Februar bis 15. Mai 2018

»In den von der Regierung kontrollierten Gebieten dokumentierte das OHCHR weitere Verstöße bei der Inhaftierung von Personen, die als ungesetzliche und willkürliche Verhaftung eingestuft werden können. [...] In zwei Fällen übernahmen Mitglieder der rechtsradikalen Gruppierungen (C14 und Nationales Korps) die Rolle der Strafverfolgungsbehörden, nahmen zwei mutmaßliche ehemalige Mitglieder bewaffneter Gruppen ohne Rechtsgrundlage fest und überreichten sie dem SBU.«

Quelle: OHCHR, <https://www.ohchr.org/Documents/Countries/UA/ReportUkraineFev-May2018_EN.pdf>

Human Rights Watch, Juni 2018

Auszüge aus dem Bericht »Ukraine: Investigate, Punish Hate Crimes. Violent Attacks by Radical Groups Increasing«

»Seit Anfang 2018 unternahmen die Mitglieder radikaler Gruppen wie C14, Rechter Sektor, Tradizii i Porjadok (dt., Traditionen und Ordnung), Karpatska Sitsch mindestens zwei Dutzend gewaltsame Angriffe, Drohungen und Einschüchterungen in Kiew, Winnyzja, Uschhorod, Lwiw, Czernowitz, Iwano-Frankiwsk und anderen ukrainischen Städten. Strafverfolgungsbehörden eröffneten selten Gerichtsverfahren. In den gegebenen Fällen gibt es keine Beweise dafür, dass die Behörden effektive Ermittlungen durchführten, um die Täter zu identifizieren, nicht einmal in den Fällen, wo sich die Angreifer in sozialen Medien öffentlich zu den Taten bekannten.«

Quelle: *Human Rights Watch*, <<https://www.hrw.org/news/2018/06/14/ukraine-investigate-punish-hate-crimes>>

Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte (OHCHR)

Auszüge aus dem Bericht über die Menschenrechtssituation in der Ukraine vom 16. Mai bis 15. August 2018

»In einem besorgniserregenden Trend der Diskriminierung und Gewalt gegen Mitglieder der Roma-Minderheit dokumentierte das OHCHR drei Anschläge auf Roma-Siedlungen in Kiew, Ternopil und Lwiw, die angeblich von Mitgliedern rechtsradikaler Gruppierungen verübt wurden. Der gravierendste Fall ereignete sich am 23./24. Juni 2018, als eine Gruppe junger Männer eine Roma-Siedlung in Lwiw angriff und dabei einen Mann erstach und drei weitere Personen verletzte, darunter einen zehnjährigen Jungen.

[...]

Alle Täter waren zwischen 16 und 20 Jahre alt und gaben an, Mitglieder der neu gegründeten rechtsradikalen Gruppierung Nüchterne und wütende Jugend zu sein. Die neue Gruppe unterhält Berichten zufolge Verbindungen zur Misanthropic Division, einer ultra-nationalistischen Gruppierung mit Verbindungen zum Freiwilligenbataillon Asow, das die Verantwortung für einen Anschlag auf einen LGBTIQ-Aktivist in Lwiw im März 2018 übernahm. Sechs Tatverdächtige befanden sich Stand August in Haft und zwei im Hausarrest.«

Quelle: OHCHR, <https://www.ohchr.org/Documents/Countries/UA/ReportUkraineMay-August2018_EN.docx>

Der Mord an Separatistenführer Sachartschenko und die Folgen

Nikolaus von Twickel (Berlin)

Zusammenfassung

Der Mord am Separatistenführer der »Donezker Volksrepublik« (»DNR«), Alexander Sachartschenko, ist vielleicht das größte Ereignis in der Ostukraine, seit das Minsker »Maßnahmenpaket« im Februar 2015 verabschiedet wurde. Jedoch nicht, weil dies den Konflikt zwischen Kiew und Moskau verschlimmerte, sondern, weil es die Spannungen zwischen Donezk und Moskau verringerte.

Einleitung

Alexander Sachartschenko starb am 31. August, nachdem er beim Betreten des Cafés »Separ« im Zentrum von Donezk von einer Bombe schwer verletzt wurde. Der Separatistenführer starb auf dem Weg ins Krankenhaus; einer seiner Leibwächter, der vor ihm ging, war sofort tot. Außerdem wurden zwölf Personen verletzt, darunter Sachartschenkos einflussreicher Stellvertreter und »Einnahmenminister« Alexander Timofejew.

Ob das Attentat Sachartschenko, Timofejew oder beiden galt, ist unklar. Fest steht aber, dass eine Woche später in Donezk der »Volksowjet« mit Denis Puschilin einen der größten Konkurrenten Sachartschenkos zum neuen Führer wählte. Noch am selben Tag begann Puschilin damit, Sachartschenkos engste Vertraute aus der Regierung zu entfernen. Timofejew sowie die »Minister« für Justiz, Verkehr, Industrie und Landwirtschaft verloren ihre Jobs.

Timofejew, der wenige Tage zuvor mit verbranntem Gesicht und verbundenen Händen wie versteinert an Sachartschenkos Grab gestanden hatte, hatte sich da bereits mit Getreuen nach Moskau abgesetzt. Es heißt, die Rückkehr nach Donezk werde ihm verwehrt.

Dabei hatte es unmittelbar nach dem Attentat so ausgesehen, als werde alles weitergehen wie bisher in der weitgehend von Russland abhängigen Separatistenrepublik. Nur Stunden nach Sachartschenkos Tod hatte sich Dmitri Trapesnikow, einer von drei Stellvertretern des ermordeten Republikchefs, zum Interimsnachfolger erklärt. Zwei Tage später, am 2. September, waren »Minister«, »Abgeordnete«, Feldkommandeure, der Chef der benachbarten »Volksrepublik Luhansk« (»LNR«) sowie mehr als 100.000 Menschen zur Trauerfeier in Donezk erschienen. In Reden wurde beschworen, dass der Weg und die Politik des Ermordeten – allen voran der pro-russische Kurs – fortgesetzt würden.

Moskau befahl die Kehrtwende

Doch bereits am 5. September drehte sich der Wind. In Moskau erhob Alexej Tschesnakow seine Stimme, ein langjähriger Vertrauter von Wladislaw Surkow, der im Kreml für die Ostukraine zuständig ist. Tschesnakow sagte in einem Interview mit der russischen Nachrich-

tenagentur TASS, dass Trapesnikow nicht rechtmäßig an der Spitze stehe – weil dies laut »Verfassung« der »Volksrepublik« der erste Stellvertreter sein müsse, den es aber nicht gab (<<https://tass.ru/politika/5524930>>). Das einzig rechtmäßige Verfassungsorgan sei jetzt der »Volksowjet«, das »Parlament« der »DNR«, und daher müsse dessen Vorsitzender das Ruder übernehmen – Denis Puschilin.

Am 7. September wählten die Abgeordneten – per Handzeichen und angeblich einstimmig – Puschilin zum neuen Interimschef. Trapesnikow gab sein Einverständnis per Presseerklärung – und wurde seitdem nicht mehr gesehen.

Es folgte eine umfangreiche Säuberungskampagne. Der Donezker Publizist Roman Manekin spricht von einem regelrechten Staatsstreich, der vor allem auf die militärische Eigenständigkeit der »DNR« abzielte.

Schlag gegen militärische Eigenständigkeit

Zunächst wurden alle militärischen Verbände, die Sachartschenko unterstellt waren, unter Kontrolle gebracht. Übereinstimmenden Meldungen zufolge verfügte der Separatistenchef nämlich über eigene Truppen, die nicht dem von russischen Offizieren vor Ort befehligten »Ersten Armeekorps (Donezk)« unterstellt waren.

Die »Republikanische Garde«, das Spezialeinheiten-Regiment »SpezNas«, ein Raketenwerferverband, Sachartschenkos Leibwache sowie bewaffnete Einheiten einzelner Ministerien sollen demnach entweder dem Armeekorps oder dem »Innenministerium« beziehungsweise dem »Staatssicherheitsministerium« der »DNR« unterstellt werden. Die beiden letztgenannten »Ministerien« erklärten noch am 7. September ihre volle Unterstützung für Puschilin.

Als sich ein SpezNas-Bataillon weigerte, wurden kurzerhand der Kommandeur und sein Stabschef »zum Verhör« abgeführt.

Das »Verteidigungsministerium« wird Berichten zufolge momentan aufgelöst, es soll sowieso keine besondere Kommandogewalt besessen haben. Die Truppen der »Volksrepublik« Donezk heißen demnach künftig nur noch »Volksmiliz« und werden von dem oben genannten Armeekorps geführt.

Damit wäre die »DNR« militärisch ähnlich aufgestellt wie die benachbarte »LNR«, wo es nie ein Verteidigungsministerium gab, sondern eine »Volksmiliz«, die von einem »Zweiten Armeekorps (Luhansk)« – ebenfalls mit russischen Offizieren – befehligt wird. Der »LNR«-Volksmiliz wurden zudem immer wieder ehemals eigenständige Verbände unterstellt, deren Kommandeure bei mysteriösen Attentaten ums Leben gekommen waren (s. Dokumentation S. 16). Neben Politik und Militär werden aber auch deutliche Veränderungen in der Wirtschaft erwartet. Denn unter Timofejew galt hier das Gesetz des Stärkeren. Seine Truppen waren berüchtigt dafür, die angeblich für die Regierung bestimmten Einnahmen mit Waffengewalt bei den Betrieben einzutreiben.

Sachartschenkos Tod bedeutet weitgehende Übernahme der »DNR« durch Russland

Russischen Medienberichten zufolge wurde Timofejew für ausufernden Schmuggel und Korruption verantwortlich gemacht. So hätten überhöhte Transportkosten seitens der »Volksrepublik« die Gewinne von »Wneschtorgserwis« heftig geschmälert, berichtete das Onlinemagazin »Russkij Reporter«. »Wneschtorgserwis« ist die geheimnisumwitterte Holdinggesellschaft, welche die im vorigen Jahr unter Kontrolle der »Volksrepublik« gestellten Betriebe verwalten sollte. In Donezk gingen aber lediglich neun von dreiundvierzig betroffenen Betrieben an »Wneschtorgserwis«, alle anderen werden bislang von verschiedenen »DNR«-Ministerien verwaltet.

Einem am 16. September veröffentlichten Bericht von Radio Swoboda zufolge sollen nun auch die restlichen vierunddreißig Firmen an die Holding gehen, deren Firmensitz in Südossetien vermutet wird und deren Chef ein ehemaliger stellvertretender Gouverneur der sibirischen Region Irkutsk ist (<<https://www.svoboda.org/a/29492550.html>>). »Wneschtorgserwis« ist immer wieder mit dem aus Donezk stammenden ehemaligen Oligarchen Serhij Kurttschenko in Verbindung gebracht worden.

Wenn diese Berichte zutreffen, dann bedeutet der Tod Sachartschenkos und die Absetzung seines mächtigen Stellvertreters Timofejew nichts weniger als die totale Übernahme der »Volksrepublik« – politisch, militärisch und wirtschaftlich – durch Russland.

Und je mehr Kontrolle Moskau über die Separatistengebiete hat, desto stärker kann es bei den internationalen Verhandlungen auftreten – sei es in Minsk, im Normandie-Format oder bei den Treffen Surkows mit US-Unterhändler Kurt Volker (die aber seit dem letzten Treffen im Januar in Dubai nicht mehr stattgefunden haben).

Kann Puschilin sich an der Macht behaupten?

Puschilin, der mittlerweile den Parlamentsvorsitz sowie sein Abgeordnetenmandat niedergelegt hat, erklärte am 20. September in Donezk, dass er bei der für den 11. November angesetzten Wahl zum Republikchef kandidieren werde. Für ein von Moskau kontrolliertes Puschilin-Regime sind aber noch Hürden zu überwinden.

Zum einen gibt es Zweifel an Puschilins Eignung als Separatistenchef. Der stets mit Anzug und Krawatte auftretende siebenunddreißigjährige verkörpert zwar einen für Donezk neuen zivilen Politikstil – ganz im Gegensatz zum stets säbelrasselnden und oft uniformierten Sachartschenko. Aber Puschilins Vergangenheit als Anwerber des berüchtigten Finanzpyramidensystems »MMM«, das im Russland der 1990er Jahre Millionen Menschen um ihre Ersparnisse brachte, prädestiniert ihn nicht eben zum Volkshelden. Hinzu kommt, dass Puschilin durch seine langjährige Rolle als Chefunterhändler ganz überwiegend mit den auch in Donezk wenig beliebten Minsker Verhandlungen in Verbindung gebracht wird [am 12. August ernannte Puschilin Natalja Nikonorowa zur Chefunterhändlerin, *Anm. d. Red.*]

Auf der anderen Seite ist es unter den in den »Volksrepubliken« herrschenden totalitären politischen Bedingungen kaum vorstellbar, dass Puschilin die Wahl verliert – ganz gleich, wie beliebt er tatsächlich ist oder wer gegen ihn kandidiert. Bei vergangenen Abstimmungen in Donezk und Luhansk, zuletzt für die »Primaries« genannten Vorwahlen im Oktober 2016, haben die von den offiziellen Medien und den als Regierungsparteien fungierenden Bewegungen »Donezkaja Respublika« und »Mir Luganschtschine« unterstützten Kandidaten stets mit großer Mehrheit gewonnen.

Bedeutender ist ohnehin die Frage, ob Puschilin die nötige Unterstützung aus Moskau hat. Denn zuletzt hat es Zweifel an der Machtfülle seines bedeutendsten »Kuratoren« gegeben. Wladislaw Surkow, der 2013 von Putin zu dessen persönlichem Berater für die Ostukraine ernannt wurde und seither die Geschehnisse in den »Volksrepubliken« maßgeblich mitbestimmte, wurde erst am 13. Juni, fast drei Monate nach der Wiederwahl Wladimir Putins ins Präsidentenamt, als Kreml-Beauftragter für die Ostukraine wiederbestätigt.

Krieg der Kuratoren?

Zwischenzeitlich war in Moskau spekuliert worden, dass Putin Surkow fallen lässt, weil er unzufrieden mit dem Stillstand bei den Minsker Verhandlungen ist. Zudem gab es seit einiger Zeit Berichte, dass der mächtige russische Inlandsgeheimdienst FSB in Donezk und Luhansk seine eigenen Leute unterstützt. Ukrainische Beobach-

ter sprechen von einem »Krieg der Kuratoren«, vor allem seit dem Putsch in Luhansk im November 2017, bei dem der bis dahin relativ unbekannte Geheimdienstler Leonid Passetschnik den langjährigen Separatistenchef Igor Plotnizkij aus dem Amt jagte.

Plotnizkij galt als Surkows Mann in Luhansk, während Passetschnik aus naheliegenden Gründen als FSB-Gestalt wahrgenommen wurde. Der unblutige Staatsstreich wurde daher oft als eine persönliche Niederlage Surkows in einem Moskauer Machtkampf mit dem FSB interpretiert.

Dazu passt auch die jüngste Aussage des russischen Journalisten Pawel Kanygin, dass die entscheidende militärische Unterstützung für den Passetschnik-Putsch aus Donezk gegen den Willen des Kremls erfolgte. Medienberichten zufolge hatte damals Sachartschenko seine »Republikanische Garde« nach Luhansk beordert.

Zuletzt wurde auch in russischen Medien über eine FSB-Beteiligung an einer Nachfolgeregelung für Donezk spekuliert. Die investigative Website »The Insider« berichtete am 18. September, dass sich Vertreter der russischen Sicherheitsdienste (»Silowiki«) bei einem geheimen Treffen mit Surkow und Separatistenführern in Rostow-am-Don gegen Puschilin und für den ehemaligen ukrainischen Innenminister Witalij Sachartschenko ausgesprochen haben. Sachartschenko, der nicht mit dem getöteten »DNR«-Chef verwandt ist, stammt auch aus Donezk und floh nach der Maidan-Revolution nach Russland (<<https://theins.ru/politika/117762>>).

Dennoch erscheint eine weitere Niederlage Surkows unrealistisch. Wahrscheinlicher ist, dass der Kreml mit-

tels Puschilin in Donezk spätestens nach der Wahl im November deutlich mehr zu sagen hat als bisher.

Wie genau Moskaus Kontrolle in Luhansk aussieht, und ob sich der Kreml mit Passetschnik arrangiert hat, ist unklar. Immerhin hat der noch nie gewählte Separatisten-Putschist am 17. September erklärt, dass er zur Wahl am 11. November antritt. Aber die kleinere und wirtschaftlich unbedeutendere »Volksrepublik Luhansk« hat im Machtpoker um die Ostukraine in der Vergangenheit eher eine Randstellung innegehabt.

Fazit

Eine schnelle Lösung des Donbass-Konflikts ist auch nach Sachartschenkos Ermordung nicht absehbar. Allgemein wird erwartet, dass die internationalen Verhandlungen mindestens bis zu den ukrainischen Präsidentschaftswahlen im März 2019 auf der Stelle treten werden.

Der Fall Sachartschenko zeigt aber, dass die Separatisten keinesfalls, wie gern in der Ukraine behauptet wird, hundertprozentige Marionetten des Kremls sind. Sie haben eigene Interessen und spielen diese nötigenfalls aus. Das funktioniert vor allem dann, wenn in Moskau unklare oder komplizierte Machtverhältnisse herrschen. Wenn die »Machtvertikale« stark und effizient ist, werden die Spielräume kleiner. Mit der konsequenten Installation Puschilins als loyalen und kompromissbereiten Separatistenführer hat der Kreml Stärke bewiesen. Abzuwarten ist, ob das so bleibt.

Über den Autor

Nikolaus von Twickel arbeitet als freier Journalist in Berlin mit Schwerpunkt Ukraine und Russland. 2015/16 war er Medienverbindungsoffizier für die OSZE-Beobachtungsmission in Donezk. Für den Deutsch-Russischen Austausch e. V. schreibt er regelmäßig einen Newsletter über die Situation in den »Volksrepubliken« Donezk und Luhansk – nachzulesen auf <<http://www.civicmonitoring.org/>>.

DOKUMENTATION

Stimmen zum Attentat auf Alexander Sachartschenko

Offizielles Statement des »Militärkommandos der DNR«: Ukraine ist verantwortlich für den Terrorakt

31.08.2018

»Heute wurde der Führer unserer Republik, Oberbefehlshaber und Held der Volksrepublik Donezk Alexander Wladimirowitsch Sachartschenko durch einen für das ukrainische Terrorregime typischen hinterhältigen Anschlag ermordet. Dieser terroristische Akt zielt darauf ab, die Situation in der Republik zu destabilisieren und wurde von ukrainischen Spezialeinheiten unter Kontrolle von US-amerikanischen Sicherheitsdiensten durchgeführt.

Die ukrainische Regierung wird für diesen perfiden Schlag, der uns zugefügt wurde, teuer bezahlen. Wir fordern die Weltgemeinschaft auf, die kriminellen ukrainischen Machthaber dafür zur Verantwortung zu ziehen und auf einem Treffen der UN-Generalversammlung entschieden zu verurteilen!«

Quelle: *Donezker Nachrichtenagentur*, <<https://dan-news.info/official/srochnoe-soobshhenie-operativnogo-komandovaniya-dnr-v-svyazi-s-ubijstvom-glavy-respubliki.html>>

Wladimir Putin, Präsident der Russischen Föderation: Täter werden ihre verdiente Strafe erhalten

31.08.2018

»Alexander Wladimirowitsch [Sachartschenko] war ein wahrer Anführer des Volkes, ein tapferer und entschlossener Mensch, ein Patriot des Donbass'. In einer für sein Heimatland schwierigen Zeit setzte er sich für dessen Verteidigung ein, übernahm große politische Verantwortung und führte das Volk.

Die feige Ermordung von Alexander Sachartschenko ist ein weiterer Beweis: Diejenigen, die den Weg des Terrors, der Gewalt und der Einschüchterung gewählt haben, wollen keine friedliche, politische Lösung des Konflikts suchen, sie wollen keinen echten Dialog mit den Menschen im Südosten, sondern setzen ihre Hoffnung auf eine Destabilisierung der Situation, um die Menschen im Donbass auf die Knie zu zwingen. Das wird ihnen jedoch nicht gelingen.

Ich rechne damit, dass die Auftraggeber und die Täter dieses Verbrechens ihre verdiente Strafe erhalten werden.

Ich möchte noch einmal den Verwandten und Bekannten von Alexander Wladimirowitsch Sachartschenko sowie allen Bewohnern des Donbass' mein Beileid ausdrücken. Russland wird immer an eurer Seite sein.«

Quelle: *Offizielle Website des Präsidenten der Russischen Föderation*, <<http://kremlin.ru/events/president/news/58425>>

Offizielles Statement des russischen Außenministeriums: Zynischer Terroranschlag

31.08.2018

»Tragische Nachrichten aus Donezk – das Oberhaupt der Volksrepublik Donezk, Alexander Sachartschenko, wurde durch einen Terroranschlag ermordet.

Unser Beileid gilt der Familie und den Angehörigen. Wir wünschen eine schnelle Genesung all jenen, die bei dem Anschlag verwundet und verletzt wurden, und wir wünschen den Bewohnern des Donbass' Mut und Durchhaltevermögen.

Wir sind zuversichtlich, dass eine Ermittlung bald durchgeführt wird, alle Umstände des Verbrechens aufgedeckt und alle Täter und ihre Hintermänner identifiziert werden.

Gleichzeitig ist klar, dass das Hauptziel des Terroranschlags war, die friedliche Konfliktbeilegung im Donbass und die Implementierung der Minsker Abkommen zu sabotieren. Vor dem Hintergrund des gerade verkündeten Waffenstillstandes zum Schulbeginn wirkt der Anschlag besonders zynisch. Die Ermordung des Unterzeichners der Minsker Abkommen folgt der von Kiew präferierten Logik einer gewaltsamen Lösung der internen ukrainischen Krise. Solche Aktionen bergen das Risiko, die Situation im Südosten der Ukraine zu destabilisieren.

Wir rufen die Kiewer Regierung dazu auf, von Terrorismethoden zur Lösung der innerukrainischen Probleme Abstand zu nehmen. Wir hoffen, dass verantwortungsvolle ukrainische Politiker die Stärke finden, die »Kriegstreiber« aufzuhalten und eine Eskalation im Donbass zu verhindern.«

Quelle: *Offizielle Website des russischen Außenministeriums*, <http://www.mid.ru/en/foreign_policy/news/-/asset_publisher/cKNonkJE02Bw/content/id/3334568?p_p_id=101_INSTANCE_cKNonkJE02Bw&_101_INSTANCE_cKNonkJE02Bw_languageId=ru_RU>

Wjatscheslaw Wolodin, Sprecher der Duma: Mord an Sachartschenko macht Minsker Vereinbarungen sinnlos

31.08.2018

»Diese Gesetzlosigkeit macht alle Schritte zunichte, die Russland und die Weltgemeinschaft in den letzten Jahren zur Lösung des Krieges im Südosten der Ukraine unternommen haben. Die Ermordung des Anführers der Volksrepublik Donezk macht die Minsker Vereinbarungen sinnlos.

Die Kiewer Regierung erklärt einerseits die Notwendigkeit zur Umsetzung der Minsker Vereinbarungen und befürwortet eine friedliche Lösung des Konflikts mit den Volksrepubliken in Donezk und Luhansk. Andererseits entledigen sie sich mit terroristischen Mitteln von legal gewählten Volksvertretern im Donbass.«

Quelle: *Interfax-Ukraine*, <<https://www.interfax.ru/russia/627449>>

Igor Girkin (Kampfname »Strelkow«), ehemaliger »Verteidigungsminister« der »DNR«: Er war ein Problem für alle

31.08.2018

»Er wurde vielleicht wegen krimineller Machenschaften ausgeschaltet. Vielleicht wurde er auch seinen Kuratoren im Kreml überdrüssig, oder die Ukrainer stecken dahinter. Er war ein Problem für alle.«

Quelle: Bloomberg, <<https://www.bloomberg.com/news/articles/2018-08-31/ukraine-separatist-leader-zakharchenko-killed-in-bombing>>

Michael Bociurkiw, ehemaliger Sprecher der OSZE Monitoring-Mission in der Ukraine: Attentat kam wenig überraschend

31.08.2018

»Das sieht nach einer internen Angelegenheit aus, denn in den vergangenen Wochen und Monaten äußerte sich Sachartschenko kritisch über einige seiner Kollegen und Stellvertreter im sogenannten »Parlament« der DNR. Man konnte schon erahnen, dass ihm so etwas in näherer Zeit zustoßen würde.«

Quelle: Al Jazeera, <<https://www.aljazeera.com/news/2018/08/alexander-zakharchenko-killed-donetsk-cafe-explosion-180831173503170.html>>

Wasył Hryzak, Leiter des Ukrainischen Sicherheitsdienstes SBU: Sachartschenkos Mord soll Spuren verwischen

01.09.2019

»Das war vorhersehbar. Alle, die 2014 am Einmarsch russischer Truppen in den Donbass und an der Bildung der pseudo-Volksrepubliken beteiligt waren, werden nach und nach ausgeschaltet. Wir gehen davon aus, dass eine planmäßige Eliminierung derjenigen stattfindet, die Blut an ihren Händen haben und die als Zeugen nicht länger benötigt werden.«

Quelle: Interfax-Ukraine, <<https://en.interfax.com.ua/news/general/528483.html>>

Steffen Seibert, Sprecher der Bundesregierung: Umsetzung der Minsker Vereinbarungen wird noch wichtiger

03.09.2018

»Wir rufen alle Seiten dazu auf, sich auch jetzt weiter konstruktiv an den Verhandlungen zu beteiligen, in der Trilateralen Kontaktgruppe wie im Normandie-Format. Beide Seiten hatten ja gerade erst Ende August die Waffenruhe bekräftigt. Seitdem ist die Zahl der Waffenruheverletzungen zurückgegangen. Es ist wirklich wichtig, dass jetzt eine Eskalation vermieden wird. Die Bundesregierung, die Kanzlerin, der Außenminister werden ihr Engagement in diesem Friedensprozess jedenfalls fortsetzen. Der gewaltsame Tod von Herrn Sachartschenko macht ja die Bemühungen, die Minsker Vereinbarungen umzusetzen, nicht weniger wichtig – ganz im Gegenteil.«

Quelle: Regierungspressekonferenz vom 3. September 2018, <<https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2018/09/2018-09-03-regpk.html>>

Das französische Außenministerium: Verhandlungen umso wichtiger

03.09.2018

»Die jüngsten Entwicklungen in der Ostukraine stellen weder die Verpflichtungen der Parteien des Minsker Abkommens noch die Bedeutung der Treffen zwischen Deutschland, Frankreich, Russland und der Ukraine im Normandie-Format in Frage. Gerade wenn Spannungen sich verstärken, müssen Verhandlungen im guten Willen beginnen.«

Quelle: Offizielle Website des französischen Außenministeriums, <<https://www.diplomatie.gouv.fr/fr/dossiers-pays/ukraine/evenements/article/ukraine-q-r-extrait-du-point-de-presse-03-09-18>>

Inoffizielle Übersetzung aller Statements aus den jeweiligen Originalsprachen durch die Redaktion der Ukraine-Analysen.

Attentate und Morde an Separatistenanführern in den selbsternannten »Volksrepubliken Donezk und Luhansk«

Alexander Sachartschenko war das ranghöchste Todesopfer einer Reihe von Anschlägen, die seit Beginn des Konflikts in der Ostukraine auf wichtige Separatistenanführer der selbsternannten »Volksrepubliken« Donezk und Luhansk verübt wurden. Anbei eine Übersicht der Attentate an den bekanntesten Milizkommandeuren und Anführern der »DNR« und »LNR«.

01.01.2015

In der Nähe der Stadt Lutugino (Region Luhansk) wird die Wagenkolonne des Stabschefs der 4. Brigade der »Volksrepublik Luhansk« (»LNR«), Alexander Bednow (Kampfname »Batman«), beschossen. Später teilt die »Generalstaatsanwaltschaft« der »LNR« mit, Bednow und andere Mitglieder des Bataillons »Batman« seien bei einer Operation zur Festnahme von Verdächtigen in Fällen von Folter, Morden, Geiselnahmen und illegalen Verhaftungen durch die Volksmiliz der »LNR« erschossen worden.

23.01.2015

Das Auto von Jewgenij Ischtschenko (auch Bekannt als »Malysch«, dt. »Kleiner«), einem Oberhaupt der Stadt Perwomajsk in der »LNR« und Kommandeur der »Kosakenvolksgarde«, wird beschossen. Am nächsten Tag wird er tot aufgefunden.

23.05.2015

Das Auto des Kommandeurs der Milizbrigade »Prisrak« (dt. »Gespenst«), Alexej Mosgowoj, fährt nahe der Ortschaft Altschewsk – etwa 40 Kilometer von Luhansk – auf eine Mine und wird von mehreren Maschinengewehren ins Kreuzfeuer genommen. Zum Attentat bekennt sich die ukrainische Partisanengruppe »Teni« (dt. »Schatten«).

12.12.2015

Pawel Drjomow, Kommandeur einer Kosakenbrigade der LNR-Volksmiliz (auch bekannt als »Batja«, dt. »Vater«) und enger Kampfgefährte von Alexej Mosgowoj, kommt durch eine Bombe, die in seinem Auto detoniert, zu Tode. Er war gerade in der Nähe von Luhansk unterwegs und kam von seiner eigenen Hochzeit.

09.01.2016

In der Stadt Horliwka (Donezker Gebiet) wird der Vizekommandeur der 100. Brigade der »Republikanischen Garde« der »Volksrepublik Donezk«, Jewgenij Kononenko (Kampfname »Kot«, dt. »Kater«) von einem Scharfschützen erschossen.

16.10.2016

In Donezk kommt mit Arsenij Pawlow (besser bekannt unter seinem Kampfnamen »Motorola«) einer der bekanntesten Anführer der Donbass-Milizen durch einen Bombenanschlag ums Leben. Er stirbt, als im Aufzug seines Wohnhauses ein Sprengsatz detoniert. Pawlow war Kommandant der »Sparta«-Einheit, die für ihre Brutalität berüchtigt war, und brüstete sich vor der Presse damit, mehr als ein Dutzend ukrainischer Gefangener erschossen zu haben.

27.01.2017

Walerij Bolotow, von Mai bis August 2014 Republikchef der »LNR«, stirbt aus bisher ungeklärten Umständen in seinem Wohnhaus in Moskau. Es wird über eine Vergiftung spekuliert, da Bolotow seiner Frau kurz vor seinem Tod mitteilt, dass sein Gesundheitszustand sich nach der Einnahme einer Tasse Kaffee, die er bei einem Treffen mit dem ehemaligen »Parlamentssprecher« der »LNR«, Alexej Karjakin, zu sich nahm, rapide verschlechtert hat.

08.02.2017

In Donezk kommt der Kommandeur der Milizbrigade »Somali«, Michail Tolstych (Kampfname »Giwi«), ums Leben, als ein Geschoss, vermutlich von einem Raketen- oder Granatwerfer, sein Büro trifft, in dem er sich aufhält. Tolstych wird, wie seinem engen Freund Arsenij Pawlow, die Misshandlung von ukrainischen Kriegsgefangenen vorgeworfen.

Quellen: <<https://tass.ru/info/5512077>>; <<https://ria.ru/world/20170208/1487448142.html>>; <<https://www.nzz.ch/international/mordserie-in-der-ostukraine-das-sterben-der-separatisten-ld.145364>>

CHRONIK

1. – 23. September 2018

02.09.2018	In Donezk nehmen an der Trauerfeier für den getöteten Separatistenführer Alexander Sachartschenko lokalen Behörden zufolge 200.000 Menschen teil. Ein Korrespondent der internationalen Nachrichtenagentur AFP schätzt die Menge auf 30.000 Personen.
03.09.2018	Die Low-Cost-Airline Ryanair fliegt erstmals in die Ukraine. Neben drei Verbindungen nach Deutschland (Berlin – Kiew, Memmingen – Lwiw, Weeze – Lwiw) bietet Ryanair insgesamt 14 weitere Strecken von zahlreichen EU-Staaten in die Ukraine an und reagiert damit auf den wachsenden ukrainischen Flugmarkt.
03.09.2018	Präsident Petro Poroschenko schlägt eine Verfassungsänderung vor, um den europäischen und euroatlantischen außenpolitischen Kurs der Ukraine fest in der Konstitution des Landes zu verankern.
03.09.2018	In der Region Lwiw beginnt »Rapid Trident 2018«, eine gemeinsame Übung der ukrainischen Armee mit der NATO, an der sich zehn Mitgliedsstaaten beteiligen. An dem zweiwöchigen Manöver nehmen 2.200 Soldaten teil.
04.09.2018	Stepan Kubiw, Minister für wirtschaftliche Entwicklung und Handel, teilt auf einer Konferenz in Polen mit, dass das Ministerium in diesem Jahr von einem Wirtschaftswachstum von drei Prozent ausgeht. 2019 wird ein Wachstum von 3,6 Prozent erwartet. Besonders positiv entwickeln sich die Exporte nach Polen, die im ersten Halbjahr 2018 um 30,5 Prozent gestiegen seien.
04.09.2018	Die Werchowna Rada nimmt nach der Sommerpause ihre Arbeit wieder auf. Auf der Agenda der kommenden Wochen stehen richtungsweisende Entscheidungen, darunter die Verabschiedung des neuen Wahlgesetzes, die Ernennung neuer Mitglieder der Zentralen Wahlkommission und die Verabschiedung des Staatshaushalts für 2019.
04.09.2018	Die Meldung, dass ein Kiewer Gericht am 27. August 2018 der Generalstaatsanwaltschaft erlaubt hat, die Telefondaten der letzten 17 Monate von der bekannten Investigativjournalistin Natalja Sedlezka auszuwerten, stößt auf große Kritik. Die Entscheidung steht in Zusammenhang mit einem Verfahren gegen den Leiter des Nationalen Antikorruptionsbüros (NABU), Artem Sytnyk, dem vorgeworfen wird, Staatsgeheimnisse an Journalisten verraten zu haben. Sedlezka hat in ihrer Sendung »Schemy« immer wieder Korruptionsfälle ranghoher Funktionäre aufgedeckt. Die OSZE, die EU sowie zahlreiche NGOs äußern sich besorgt und mahnen die Einhaltung der Pressefreiheit an. Am 5. September gibt die Generalstaatsanwaltschaft bekannt, dass sie die Telefondaten einer weiteren Journalistin, Christina Berdynskych, auswerten dürfe.
05.09.2018	Laut Martin Sajdik, Vorsitzender der Trilateralen Kontaktgruppe der OSZE und Leiter des OSZE-Büros in der Ukraine, war der Sommer 2018 der friedlichste seit Ausbruch des Konflikts im Donbass vor mehr als vier Jahren.
05.09.2018	Der Bayer-Konzern eröffnet im Beisein des ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko in der Region Schytomir eine der größten Saatgutfabriken Europas. Die 200 Millionen Euro teure Anlage wurde ursprünglich vom US-Saatgutkonzern Monsanto gebaut, der im Mai 2018 von Bayer übernommen wurde. Das Saatgut ist vor allem für den ukrainischen Markt bestimmt, soll aber auch in die EU exportiert werden.
06.09.2018	Das norwegische Unternehmen NBT, das auf regenerative Energien spezialisiert ist, gibt in Kiew im Beisein von Präsident Poroschenko bekannt, zwei Milliarden US-Dollar für Windkraftanlagen in der Ukraine zu investieren, die insgesamt 1,1 Gigawatt Strom erzeugen sollen. In der Woche zuvor erhielt das Unternehmen die Genehmigung, einen 250-Megawatt Windpark in der südukrainischen Region Cherson zu bauen.
06.09.2018	Die Werchowna Rada verabschiedet ein Gesetz, das Frauen und Männer in den Streitkräften der Ukraine gleichsetzt.
06.09.2018	Einer repräsentativen Meinungsumfrage des Meinungsforschungsinstituts DIF zufolge wollen 70 Prozent der Ukrainerinnen und Ukrainer an der Präsidentschaftswahl im März 2019 teilnehmen; 23 Prozent (6 Prozent mehr als im Mai 2018) wollen hingegen nicht wählen gehen. In der Umfrage führt Julia Tymoschenko (17,8 Prozent) vor Anatolij Hryzenko (8,4 Prozent) und Petro Poroschenko (7,9 Prozent) sowie fünf weiteren Kandidaten, die jeweils eng beieinander um die 6 Prozent liegen.
06.09.2018	Eine Aufklärungsdrohne der OSZE-Beobachtermission sichtet in der Ostukraine einen Konvoi von zehn Lastwagen und vier Begleitfahrzeugen, die gegen Mitternacht in der Nähe von Manych ohne Grenzkontrolle die russisch-ukrainische Grenze passieren und in Gebiete fahren, die von Separatisten kontrolliert werden. Zuvor hatte die OSZE-Mission erstmals am 09. August 2018 dokumentiert, wie ein Konvoi an einem unkontrollierten Abschnitt die russisch-ukrainische Grenze überquerte.
07.09.2018	Die EU-Delegation in der Ukraine kritisiert die von Russland ausgehenden Behinderungen des Schiffsverkehrs durch die Straße von Kertsch: »In den vergangenen Monaten hat Russland verstärkt und vorsätzlich den Schiffsverkehr durch die Straße von Kertsch behindert und verzögert. Betroffen waren auch Schiffe aus den EU-Mitgliedsstaaten, die durch die Straße von Kertsch aus ukrainischen Häfen kamen oder dorthin unterwegs waren. Wir erwarten, dass Russland ungehinderten Zugang zu den ukrainischen Häfen im Asowschen Meer gewährleistet.«
07.09.2018	Patriarch Bartholomäus I. von Konstantinopel entsendet zwei Exarchen (Bischöfe) in die Ukraine und bereitet damit die Unabhängigkeit (Autokephalie) der ukrainischen Kirche vom Moskauer Patriarchat vor. Die russisch-orthodoxe Kirche kritisiert diesen Schritt als »Invasion« in ihren Machtbereich und droht mit Konsequenzen.

07.09.2018	In der »Volksrepublik Donezk« (»DNR«) wird Dmitri Trapesnikow, der nach dem tödlichen Attentat auf Republikchef Sachartschenko als amtierender »Premierminister« eingesetzt wurde, entmachtet. Der »Generalstaatsanwalt« der »DNR« bezeichnet die Ernennung als illegal. Daraufhin ernennt das »Parlament« Denis Puschilin bis zu den Wahlen, die für den 11. November 2018 angesetzt werden, zum amtierenden Premier der »DNR«. Puschilin war bereits von Mai bis Juli 2014 Republikchef und von 2015–2018 Sprecher des »Parlaments« der »DNR«.
08.09.2018	Die EU kritisiert die auf den 11. November terminierten Wahlen in den beiden »Volksrepubliken« in Donezk und Luhansk, da diese gegen die Minsker Vereinbarungen verstoßen. Laut Minsker Abkommen sollen die Wahlen in Einklang mit der ukrainischen Gesetzgebung stattfinden. Die EU fordert Russland auf, Einfluss auf die Separatisten zu nehmen, um die Minsker Vereinbarungen einzuhalten.
09.09.2018	Etwa 30.000 ultraorthodoxe Juden aus aller Welt finden sich im zentralukrainischen Uman ein, um vom 9. – 11. September den jüdischen Neujahrstag Rosch Haschana zu begehen. Uman ist eine zentrale Pilgerstätte der chasidischen Juden.
11.09.2018	Die Regierung gibt bekannt, den Mindestlohn Anfang 2019 von aktuell 3.723 auf 4.200 Hrywnja (ca. 130 Euro) anzuheben.
11.09.2018	Zwei gepanzerte Schiffe werden in den Hafen von Berdjansk verlegt, um die seit Monaten andauernde Blockade von Handelsschiffen durch Russland zu verhindern.
12.09.2018	Die Ukraine, Russland und die EU nehmen trilaterale Gespräche über den ukrainischen Gastransit auf. Ende 2019 läuft der zehnjährige Transitvertrag zwischen dem ukrainischen Gasunternehmen Naftohaz und dem russischen Gasunternehmen Gazprom aus. Naftohaz teilt mit, dass die russischen Unterhändler der Ukraine keine Garantien geben wollen, dass Gas auch dann noch durch die Ukraine transportiert wird, wenn die »Nord Stream 2«-Pipeline, die parallel zur bestehenden Ostsee-Pipeline »Nord Stream 1« gebaut wird, in Betrieb genommen wird.
12.09.2018	Das schwedische Möbelunternehmen IKEA gibt bekannt, 2019 das erste Geschäft in der Ukraine zu eröffnen, das im Zentrum Kiews entstehen soll. Präsident Petro Poroschenko wertet das als Zeichen der Besserung des Investitionsklimas und spricht von einem »Investment-Boom«. IKEA hatte in den letzten zehn Jahren bereits zwei Mal versucht, auf den ukrainischen Markt zu expandieren, nahm wegen Korruptionsrisiken jedoch wieder Abstand davon.
12.09.2018	Laut einer Studie der Investmentbank »Dragon Capital« sind Korruption und Misstrauen in das Justizwesen die beiden größten Hindernisse, die ausländische Unternehmen von Investitionen in der Ukraine abschrecken.
13.09.2018	Die EU verlängert ihre Sanktionen gegen 155 Personen und 44 Unternehmen und Organisationen aus Russland um ein weiteres halbes Jahr bis zum 15. März 2019. Die Sanktionen wurden infolge der russischen Annexion der Krim und der militärischen Intervention im Donbass verhängt.
13.09.2018	Das Nationale Antikorruptionsbüro der Ukraine (NABU) verdächtigt Infrastrukturminister Wolodymyr Omeljan der Veruntreuung und Falschangaben bei der Vermögensdeklaration. Der Minister weist die Anschuldigungen kategorisch zurück.
13.09.2018	Germany Trade & Invest berichtet, dass der ukrainische Gasnetzbetreiber Ukrtransgaz, ein Tochterunternehmen des Naftohaz-Konzerns, bis 2027 rund 2,1 Milliarden US-Dollar investieren will, um das ukrainische Transitnetz zu modernisieren.
14.09.2018	Die EU und die Ukraine unterzeichnen ein Memorandum über ein neues Hilfsprogramm für die Ukraine in Höhe von bis zu einer Milliarde Euro. Das Geld ist für die Begleichung von Schulden und weitere Reformschritte bestimmt und an Konditionen gekoppelt. Dazu zählen die Implementierung weiterer Antikorruptionsmaßnahmen und die Fortführung des IWF-Hilfsprogramms. Seit 2014 hat die EU insgesamt 2,8 Milliarden Euro an Makrofinanzhilfen für die Ukraine bereitgestellt.
14.09.2018	Die Spannungen um die Autokephalie der ukrainisch-orthodoxen Kirche nehmen weiter zu. Das Leitungsgremium der russisch-orthodoxen Kirche, der Heilige Synod, beschließt, vorerst keine gemeinsamen Gottesdienste mehr mit Priestern des ökumenischen Patriarchats von Konstantinopel abzuhalten. Der theologische Dialog wird eingestellt, was laut Metropolit Hilarion von der russisch-orthodoxen Kirche »ungefähr dem Abbruch diplomatischer Beziehungen« entspricht.
14.09.2018	Um einem weiteren Prozess in den USA zu entgehen trifft Paul Manafort eine außergerichtliche Vereinbarung mit dem US-Sonderstaatsanwalt Robert Mueller. Manafort bekennt sich der Geldwäscherei, des Steuerbetrugs und des Lobbyings im Interesse des früheren ukrainischen Präsidenten Wiktor Janukowytsch schuldig, der für Manafort's Dienste 60 Millionen US-Dollar gezahlt hat. Manafort gibt zudem an, vier europäischen Spitzenpolitikern, darunter dem früheren österreichischen Bundeskanzler Alfred Gusenbauer, dem ehemaligen EU-Kommissionspräsidenten Romano Prodi und dem einstigen polnischen Präsidenten Alexander Kwasniewski, mehr als zwei Millionen Euro über Offshore-Konten bezahlt zu haben, damit diese diskretes Lobbying für die Janukowytsch-Regierung betreiben.

14.09.2018	Bei einem Treffen mit den baltischen Ministerpräsidenten in Vilnius bekräftigt Bundeskanzlerin Angela Merkel das Festhalten am Minsker Abkommen und den Sanktionen gegen Russland. »Bevor wir keine Fortschritte beim Minsker Abkommen sehen, kann nicht darüber gesprochen werden, dass die Sanktionen aufgehoben werden«, so Merkel. Ziel sei die Wiederherstellung des Friedens und der territorialen Integrität der Ukraine.
16.09.2018	Die ukrainische Regierung gibt bekannt, bis Ende des Jahres eine Marinebasis an der Küste des Asowschen Meeres zu errichten. Damit soll den »aggressiven Handlungen der Russischen Föderation« im Asowschen Meer entgegen gewirkt werden, wie es in einem Statement der Regierung heißt.
17.09.2018	Präsident Petro Poroschenko kündigt mit seiner Unterschrift den »Vertrag über Freundschaft, Kooperation und Partnerschaft zwischen der Ukraine und der Russischen Föderation« auf. Am 19. September tritt die Kündigung in Kraft. Die Ukraine begründet den Schritt damit, dass Russland mit der Annexion der Krim die territoriale Integrität der Ukraine, einem zentralen Bestandteil des Vertrags, verletzt habe.
17.09.2018	Das russische Militär präsentiert Unterlagen die belegen sollen, dass die Buk-Rakete, mit der das malaysische Flugzeug MH17 im Juli 2014 über der Ostukraine abgeschossen wurde, 1986 an eine Einheit der sowjetischen Streitkräfte in der Ukraine geliefert wurde. Dort sei die Rakete nach dem Zerfall der Sowjetunion geblieben, weshalb Russland keine Verantwortung für den Abschuss von MH17 trage. Die Ukraine spricht von einer Fälschung. Die internationale Ermittlungskommission, die den Abschuss des Flugzeugs untersucht und im jüngsten Zwischenbericht Russland dafür verantwortlich gemacht hat, gab an, das Material zu prüfen. Die russische Zeitung Nowaja Gaseta veröffentlicht zwei Tage später Hinweise, die darauf schließen lassen, dass die Unterlagen nachträglich bearbeitet wurden.
17.09.2018	Die Ukraine plant ihren Verteidigungsetat für 2019 um 21 Prozent im Vergleich zum Vorjahr zu erhöhen. Insgesamt sollen 7,45 Milliarden US-Dollar, das entspricht 5,9 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, für die nationale Sicherheit aufgewendet werden.
17.09.2018	In der »Volksrepublik Luhansk« gibt Separatistenführer Leonid Passetschnik seine Kandidatur für die Wahlen am 11. November bekannt. Er musste sich bisher keiner Wahl stellen, da er im November 2017 durch einen Putsch gegen den damaligen Republikchef Igor Plotnizkij an die Macht gekommen war.
18.09.2018	Die ukrainische Wirtschaft bleibt auf Wachstumskurs. Laut ukrainischem Statistikamt wuchs das Bruttoinlandsprodukt im 2. Quartal 2018 um 3,8 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Damit übertrifft das Wirtschaftswachstum die Prognose der Regierung, die für 2018 von einem Wachstum von 3,2 Prozent ausgeht.
18.09.2018	Im ersten Halbjahr 2018 wurden in der Ukraine Hilfsprojekte in Höhe von knapp fünf Milliarden US-Dollar implementiert, wie das Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung und Handel berichtet. Die größten Geber waren die USA mit 1,7 Milliarden US-Dollar; die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung mit 720 Millionen US-Dollar; die EU mit 383 Millionen US-Dollar; Deutschland mit 342 Millionen US-Dollar und Kanada mit 142 Millionen US-Dollar. Das meiste Geld floss in die Bereiche Sicherheit und Verteidigung (1,1 Milliarden Dollar bzw. 31 Prozent), Nukleare Sicherheit (842 Millionen Dollar bzw. 23 Prozent), Regierung und Zivilgesellschaft (431 Millionen Dollar bzw. 12 Prozent); regionale Entwicklung (286 Millionen Dollar bzw. 8 Prozent); Wiederaufbau des Donbass und Unterstützung für Binnenvertriebene (193 Millionen Dollar bzw. 5 Prozent); Energie und Energieeffizienz (149 Millionen Dollar bzw. 4 Prozent); Bildung und Wissenschaft (106 Millionen Dollar bzw. 4 Prozent) und ins Gesundheitswesen (104 Millionen Dollar bzw. 3 Prozent).
18.09.2018	Die Region Lwiw verhängt ein Moratorium, das russischsprachige Kulturprodukte wie Filme, Musik und Bücher in der Region verbietet.
19.09.2018	Fiona Frazer, Leiterin des UN-Menschenrechtsmonitorings in der Ukraine, gibt bekannt, dass zwischen Mai und August 2018 insgesamt 12 Zivilisten infolge der Kämpfe in der Ostukraine gestorben sind und 93 Personen verletzt wurden. Seit Ausbruch der Kampfhandlungen sind insgesamt 3.035 Zivilisten dem Konflikt im Donbass zum Opfer gefallen.
19.09.2018	Ein Team des Internationalen Währungsfonds (IWF) reist aus Kiew ab, ohne eine Vereinbarung über weitere Hilfskredite zu erzielen. Zunächst müsse die Regierung den Haushalt für 2019 verabschieden, was üblicherweise erst im Dezember geschieht. Zuvor war bekannt geworden, dass bei einer der zentralen Forderungen des IWF – der schrittweisen Erhöhung der Gaspreise für die Endverbraucher auf Marktpreisniveau – eine vorläufige Vereinbarung erzielt worden sei. Die Ukraine hofft auf eine IWF-Kredittranche i. H. v. 1,9 Milliarden US-Dollar, um Schulden zu begleichen und die Währung zu stabilisieren.
20.09.2018	Mit vier Jahren Verspätung entlässt die Werchowna Rada 13 Mitglieder der Zentralen Wahlkommission und ernennt 14 neue Kommissionsmitglieder. Die alte Kommission war noch unter Ex-Präsident Wiktor Janukowjtsch besetzt worden und die Amtszeit der meisten Mitglieder war bereits im Juni 2014 abgelaufen. Ein Posten des 17-köpfigen Gremiums bleibt vakant, bei zwei weiteren Mitgliedern endet die Amtszeit erst 2021.

20.09.2018	In seiner jährlichen Parlamentsansprache, die zugleich die letzte in seiner ersten Amtszeit ist, führt Präsident Petro Poroschenko drei prioritäre Felder an, die im Zentrum seiner künftigen Arbeit stehen sollen: Armee, Sprache und Kirche. Laut Poroschenko sei dies »die Formel moderner ukrainischer Identität. Die Armee verteidigt unser Land, die ukrainische Sprache verteidigt unser Herz und die Kirche verteidigt unsere Seele.« Beobachter werten Poroschenkos Auftritt als Beginn seines Wahlkampfs, obwohl dieser offiziell noch nicht begonnen hat.
22.09.2018	In Odessa wird Oleg Mychajlyk, einer der führenden Politiker der Partei »Syla Ljudej«, am späten Abend in der Nähe seines Wohnhauses angeschossen. Er überlebt das Attentat schwerverletzt. Die Polizei leitet Ermittlungen wegen Mordversuchs ein. Bereits zuvor soll es Anschlagversuche auf Mychajlyk gegeben haben, der regelmäßig zu Protesten gegen den umstrittenen Bürgermeister von Odessa, Gennadij Truchanow, mobilisiert hat. Erst im Juni war ein anderer Kritiker des Bürgermeisters, der Aktivist Witaly Ustymenko von der »AutoMaidan«-Bewegung, niedergestochen worden.
23.09.2018	Die ukrainische Marine verlegt zwei Kriegsschiffe von Odessa in das Asowsche Meer, wo die Spannungen zwischen der Ukraine und Russland anhalten. Die Schiffe sind Teil des neuen Marinestützpunktes, der in Berdjansk stationiert werden soll.
23.09.2018	In Armjansk im Norden der von Russland annektierten Krim wird der Ausnahmezustand beendet; evakuierte Personen dürfen zurückkehren. Der Ausnahmezustand war verhängt worden, nachdem Ende August 2018 gesundheitsschädliche Dämpfe aus einer Chemiefabrik ausgetreten waren und die Behörden nach Protesten der Bevölkerung am 14. September die Evakuierung angeordnet hatten.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Ukraine-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Dr. Eduard Klein

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
 Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
 Deutsches Polen-Institut
 Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
 Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
 Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Evgeniya Bakalova (verantwortlich) und Dr. Eduard Klein
 Sprachredaktion und Übersetzungen: Dr. Eduard Klein
 Chronik: Dr. Eduard Klein
 Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Kseniia Gatskova, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
 Prof. Dr. Guido Hausmann, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
 Dr. Susan Stewart, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
 Dr. Susann Worschech, Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/O.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1862-555X © 2018 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Deutsches Polen-Institut, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH
 Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
 e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>



Kostenlose E-Mail-Dienste auf www.laender-analysen.de

@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.

